

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Guben & Comp., Nr. 1262.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Gebr. Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Altsadt.

Abonnementspreis einschließlich Ertragssteuer monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Abzug für Deutschland monatlich 87,00 M., Einzelnummer 2,50 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Komparatzeile 12,00 M., Familienangehöriger 8,50 M., die 3 gespaltene Komparatzeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabenerstattung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 2 M.

Nr. 203

Dresden, Donnerstag den 31. August 1922

33. Jahrg.

Deutschland vor der Reparationskommission

Staatssekretär Schröder gab gestern vormittag vor der Reparationskommission folgende Erklärung ab:

Bei den Verhandlungen, die Minister Heremes im Mai hier geführt hat, ist in einer schwierigen Lage eine Lösung gefunden worden, die für die Gesundung des deutschen Reichshaushaltes, weitens für die Hebung der deutschen Finanzen durch die Reparationskommission, die Forderungen, die die Reparationskommission für die Gesundung des deutschen Reichshaushaltes aufgestellt hat, besonders vor allem darin, daß

die schwebende Schuld auf den Stand vom 31. März d. J. beschränkt

Rechen sollte zugänglich der Beiträge, die für Devisenzahlungen auf Grund des Vertrages von Versailles aufzubringen sind. Der Zuwachs sollte zunächst durch eine innere Anleihe beglichen werden. Die deutsche Regierung hat diese Lösung unter der Voraussetzung angenommen, daß sie in angemessener Frist eine ausreichende äußere Anleihe bewilligt werden würde. Die Anleihe ist leider bisher nicht zustande gekommen.

Trotzdem hat die deutsche Regierung unabhängig hiervon auf eine Einschränkung der schwebenden Schuld hingearbeitet. Durch den steigenden Dollarkurs hatte sie folgende Erfolge: Für Devisenzahlungen waren bis zum 30. Juni 21,5 Milliarden Papiermark aufzubringen. Die schwebende Schuld hatte bis zum 30. Juni gegenüber dem 31. März nur um 23 Milliarden zugenommen, so daß sich der Restbetrag der schwebenden Schuld ergab, der durch eine bereits vorbereitete Ausgabe von langfristigen Staatsanleihen gedeckt werden sollte. Der Minister Heremes hat ferner bei den Pariser Verhandlungen die Einnahmen aus Zöllen und Steuern aller Art für 1922 auf rund 148 Milliarden Papiermark geschätzt.

Hiervon ging man bei der Verhandlung aus. Die tatsächliche Entwicklung in den ersten vier Monaten des Rechnungsjahres April bis Juli hat erheblich höhere Zahlen erbracht, wachsend von Monat zu Monat, und noch nicht zu stark beeinflusst durch den Börsen der Mark.

In diesen vier Monaten sind bereits mehr als 70 Milliarden Papiermark eingegangen,

so daß bei gleichbleibenden Verhältnissen mit einem Jahresertrag von mehr als 210 Milliarden Papiermark gerechnet werden konnte. Dazu tritt das Ergebnis der Finanzanleihe mit zunächst 40 Milliarden Papiermark im Jahre 1922. Hiernach dürfte erwartet werden, daß für die Reparationen aus den Einnahmen des Reiches ein erheblich höherer Betrag verfügbar sein würde, als im Mai angenommen worden ist.

Die Heberwerbungsmaßnahmen sind in gemeinsamer Verständigung zwischen dem Garantiefomitee und der deutschen Regierung in Berlin ausgearbeitet worden. Hierdurch hat die Reparationskommission die Möglichkeit erhalten, einen wahren Einblick in die deutsche Wirtschaft zu jeder Zeit zu gewinnen. Das ganze Ergebnis wurde erzielt nicht durch ein Diktat, sondern durch verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung. Der erwarte dauernde Erfolg der Maßnahmen ist durch zwei Umstände vereitelt

werden, die außerhalb des Machtbereiches der deutschen Regierung liegen, nämlich einmal durch das Würgen der Verhandlungen des Anleihekomitees und dann durch die Ermordung des britischen Kathenau. Beide Ereignisse haben den Optimismus und die Zuversicht weitestgehend in Deutschland und im Ausland in Bezug auf die Finanzen des Reiches zu einer Panik geführt, die immer schlimmere Formen angenommen hat. In weniger als drei Monaten ist der Dollarkurs von etwa 300 auf über 2000 gestiegen, das englische Pfund von etwa 1300 auf etwa 10 000 Mark. Eine solche Entwicklung wirkt selbstverständlich jedes Budget über den Haufen und macht jede Hoffnung auf Eindämmung der schwebenden Schuld für absehbare Zeit zunichte.

Nun wird von maßgebenden politischen Kreisen des Auslandes der Vorwurf erhoben, daß der Zusammenbruch der Mark von Deutschland selbst absichtlich herbeigeführt worden sei, um sich der Reparation zu entziehen. Dieser Vorwurf richtet sich weniger gegen die deutsche Regierung, als gegen gewisse Interessentengruppen.

Solche Politik wäre Wahnsinn,

eine Politik des Selbstmordes. Denn die Vernichtung der Mark ist unmittelbar zur Vernichtung des gesamten wirtschaftlichen Lebens, zum Wüsten auch der Industrie, die den Auslandsmarkt immer mehr verliert und vom Ausland Rohstoffe nicht mehr importieren kann, zu schweren Unruhen, wenn nicht gar zum politischen Umsturz. Es mag zutreffend sein, daß viele Einzelpersonen in Deutschland infolge des Verfalls der Mark sich in Besitze von Devisen befinden, aber die Hin- und wieder aufsteigenden hohen Schätzungen des Gesamtvermögens dieses Devisenbesitzes sind sicherlich übertrieben. Die große Masse des deutschen Volkes ist nach wie vor auf die Papiermark angewiesen und vom Schicksal der Papiermark direkt abhängig. Schon heute kann man sagen, daß das

gesamte mobile Kapital Deutschlands vernichtet ist.

Das ergibt sich vor allem auch aus den Kursen der deutschen Industrieaktien. Nur wenige sind gegenüber dem Friedenswert bis auf das Zwanzigfache gestiegen. Die Mehrzahl der wichtigsten Aktien weist nur eine geringfügige Steigerung, etwa auf das Drei- bis Vierfache, auf. Lediglich ganz, ganz wenige von der

Währung der Goldmark zur Papiermark mindestens wie 300 : 1 ist, so wird ohne weiteres erkennbar, daß auch die Besitzer deutscher Aktien an ihrem Geldkapital ungeheure Einbußen gelitten haben.

Die Dividenden der großen Aktiengesellschaften und der Banken betragen, auf die Goldlage zurückgeführt, zur Zeit sämtlich nur einen Bruchteil eines einzigen Prozents. Die Besitzer von Aktienpapieren haben seit einem Totalverlust erlitten. Und diese Verluste haben? Daß jemand kurz vor dem Tode noch Selbstmord begeht, glaube ich zwar bei dem gewöhnlichen Schriftsteller kaum gesehen zu haben, es kann aber nicht in der Politik eines großen Volkes liegen.

In Wahrheit ist die Vernichtung des Markkurses auf die außenpolitische Lage und die immer längere Verzögerung einer praktischen Lösung der Reparationsfrage zurückzuführen.

Eine Heilung kann nicht durch Zwang, Drohungen oder Diktat herbeigeführt werden, sondern nur durch eine Wiederherstellung des Vertrauens auf der Grundlage der Verständigung und der Zusammenarbeit.

In der Nachmittags Sitzung ergänzte Staatssekretär Schröder seine Ausführungen:

Als bei den informativsten Besprechungen mit Sir John Brothorn und Rowland

deutschseits der Vorschlag gemacht wurde, die Kohlen- und Kohlenlieferungen durch privatrechtliche Verträge unmittelbar mit den Lieferanten zu sichern,

hatte vorher mit einem gerade in Berlin anwesenden Vertreter der Kohlenindustrie gesprochen werden können, der grundsätzlich einverstanden war. Die Anregung der deutschen Regierung geht dahin:

Es sollen feste Lieferungsverträge zunächst bis Ende 1923 in der gleichen Weise abgeschlossen werden, in der im geschäftlichen Verkehr solche Lieferungsverträge abgeschlossen zu werden pflegen. Es würden hierbei insbesondere auch die im geschäftlichen Verkehr sonst üblichen Sicherungen vorgesehen werden können.

Ein solches Verfahren würde einen sehr erheblichen Unterschied gegen das bisherige darstellen. Dieser müßte die deutsche Regierung die von Zeit zu Zeit durch die Reparationskommission festgesetzten Liefermengen auf die Produzenten

verteilen und von ihnen die Lieferung fordern. Eine solche Vorbereitung könnte mit den privaten sonst übernommenen Verpflichtungen für Lieferungen kollidieren und es könnten sich infolgedessen bei der Disposition über die produzierten Mengen für die Produzenten erhebliche Schwierigkeiten für die Möglichkeit der Reparationslieferung ergeben. Wird dagegen ein unmittelbarer Lieferungsvertrag von den Produzenten sofort für die sämtlichen Lieferungen bis 1923 übernommen, dann haben die Lieferanten bei der Übernahme sonstiger Lieferungsverpflichtungen diese von ihnen freiwillig übernommenen privatrechtlichen

Reparationsverpflichtungen von vornherein zu berücksichtigen und können ihre Gesamtdispositionen hiernach treffen. Dann ist eine unmittelbare und bedingungslose Gewährung der Durchführung gegeben.

ebenso wie für jeden anderen privatrechtlichen Lieferungsvertrag. Die deutsche Regierung hat dann sofort maßgebende Vertreter der Kohlenindustrie nach Berlin zusammenberufen und hat gestern mit ihnen ein grundlegendes Einverständnis darüber erzielt, die Verhandlungen dahin fortzuführen, daß die Lieferungen durch privatrechtliche Organisationen übernommen werden. Hierbei wurden die Formulierungen über die Einzelheiten noch nicht aufgestellt. Man ist vielmehr davon ausgegangen, daß es sich sehr empfiehlt, diese Formulierungen alsbald in Verhandlungen mit den abnehmenden Stellen der alliierten Mächte zu suchen.

Die deutsche Regierung schlägt deshalb vor, daß sofort zu diesem Zwecke

unmittelbare Verhandlungen zwischen den abnehmenden Stellen der alliierten Mächte und den liefernden Syndikaten, vertreten durch die Herren Hugo Stinnes, Peter Lisener, Lüben und Silberstein, unter Beteiligung der Reichsregierung

aufgenommen werden und schlägt als Verhandlungsort Wien oder London vor. Die Verhandlungen über die Lieferungen von Kohlen könnten sich dann unmittelbar an die Verhandlungen über Kohlen anschließen, nachdem sie in entsprechender Weise durch Erörterungen zwischen der Reichsregierung und den Produzenten vorbereitet sind. Die Weiterführung der Verhandlungen mit den Industrieländern hat natürlich nur dann einen Zweck, wenn die Reparationskommission wenigstens einen Fingerzeig dafür geben kann, ob überhaupt Aussicht besteht, daß man auf der Grundlage dieses Gedankens zur Gewährung des beantragten Zahlungsaufschubs bis Ende 1922 kommen kann. Man kann nicht verlangen, daß eine

Der Münchner Katholikentag

München, 30. August. (Eig. Drahtbericht.)

Der Münchner Katholikentag, der heute abend zu Ende gegangen ist, hat ein merkwürdiges Bild des deutschen Katholizismus und der verschiedenen inneren der Deutschen Zentrumspartei vertretenen Richtungen gegeben. Auf der einen Seite trieb ein Eröffnungstag der Münchner Kardinal Faulhaber eine unerhörte nationalistische und monarchistische Propaganda und Steger wald wandte sich in einer Rede gegen den „materialistischen Sozialismus“, auf der anderen Seite wurde heute, am Schlußabend der Tagung, vom Prälaten Mausbach, Münster, mit nicht mißzuersehenden Worten zur tätigen Mitarbeit an der deutschen Republik aufgefordert. Der Kardinal Faulhaber setzte sich selbst dadurch völlig ins Unrecht, daß er in seiner heutigen Schlußrede die deutsche Kriegspolitik verdammte, und sich zu einem sehr weitgehenden katholischen Pazifismus bekannte. Prälat Mausbach stützte seine Ausführungen auf die Worte Papst Leo's XIII., es sei wohl erlaubt, sich einer Republik als Staatsbürger anzuschließen. Vom Gesichtspunkt des Gemeinwohls und der öffentlichen Ruhe aus sei es notwendig, die neue Regierung anzuerkennen. Das Wohl des Volkes müsse als höchstes Gesetz gelten. Jeder Staatsbürger müsse sich für das Ganze einsetzen und sich verantwortlich fühlen. Der Gelehrte fordere ebenso Schutz und Hilfe vom Reich und seiner Regierung wie der Arbeiter. Der heilige Thomas von Aquino verlange förmlich die sittliche Anerkennung des neugeschaffenen Staatsrechtes. Das deutsche Volk brauche jetzt keine Gewalttaten, sondern staatsbürgerliche Zusammenarbeit. In Deutschland fehle dem Nationalbewußtsein großer Kreise des Volkes das eheliche Bewusstsein der Staatsform wie in der Schweiz, in England und Holland. Die nationale Einheitsfront zu erneuern, sei in dieser Stunde der höchsten Not die wichtigste Aufgabe des deutschen Katholizismus. — Die Rede des Prälaten wurde von der zunächst verdüsterten Versammlung mit Beifall aufgenommen.

Der Münchner Erzbischof, Kardinal Faulhaber, behandelte zum Schluß das Thema „Katholische Kirche und Weltfrieden“. Er erinnerte daran, daß es notwendig sei, den Krieg grundsätzlich zu verdammen, sei es, daß der Krieg verloren oder gewonnen worden sei. Heute denke es niemand mehr dem Heiligen Vater, daß er vor dem Krieg eben siegreich gewesen sei. Deutschland hätte 1917 und 1918 Friedensmöglichkeiten in Höhe und Fülle gehabt, aber man wollte nicht nach Romona gehen, und deshalb mußte man nach Versailles und Genoa. Die Friedensvor-

schläge des Heiligen Vaters von 1918 wären eine Grundlage für einen gerechten und dauernden Frieden gewesen. Auf dieser Grundlage eines päpstlichen Friedens wäre Europa gerettet worden. Diese Vorschläge seien von den im Saal anwesenden Nuntius Pacelli von München aus an die Reichsregierung weitergeleitet worden. (Die Versammlung beehrte dem Nuntius eine stürmische Ehrung.) Der äußere Frieden könne nicht kommen, wenn die eifigen Menschen und die eifigen Völker nicht sittlich erneuert würden. Auch der politische Nord und der Völkerrück sei absehbare Verderben. Nicht bloß die Tat des Mörders sei zu verurteilen, sondern auch die Vorbereitungsarbeit, die in den Schreibstuben und in den Redaktionen geleistet wurde, die die Leidenschaften des Volkes aufreizte. Jüdischen den Völkern dürfe nur ein Gott stehen und nicht nationale Götter, die mit dem Volk in den Krieg gehen und Kriegspläne für ihre Völker machen. Der Völkerrück gebe ein Gebanke des verstorbenen Papstes Benedikt. Der Völkerrück aber sei ein Zerrbild der päpstlichen Pläne geworden. Der Völkerrück denke nicht an Weltfrieden, sondern spiele die Rolle einer Weltbörse, er sei die Spielhölle des Großkapitalismus. Auch der überspannte Nationalismus eines Volkes sei Sündenpfand, und gegen diesen Sündenpfand müsse das Volk sich ebenso bewahren, wie gegen jeden anderen Sündenpfand. Andre Völker haben auch große Kulturen geschaffen. — Der Kardinal richtete an die Katholiken Frankreichs die Aufforderung, man möge nicht gerade in die katholische Rheinprovinz Heiden und Mohammedaner als Kulturträger bringen. Die Ausführungen des Kardinals wurden von der Versammlung mit großer Erregung und großem Beifall aufgenommen. Die Versammlung wurde dann von dem Kölner Oberbürgermeister geschlossen.

Die gewerkschaftliche Leuerungsaktion

Die Vertreter der sechs gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben am Mittwoch dem Reichsfinanzministerium den Wunsch auf Festschließung baldiger Gehalts- und Lohnverhandlungen unterbreitet. Den Gewerkschaftsvertretern wurde mitgeteilt, daß das Reichsfinanzministerium die Gewerkschaften zum 6. September zu Verhandlungen einladen werde. Forderungen wurden nicht unterbreitet. Wie uns mitgeteilt wird, werden die Gewerkschaften bei den kommenden Verhandlungen auf eine soziale Gestaltung der Zulagen bestehen. Sie wollen sich auf keinen Fall ohne weiteres mit einer Erhöhung des prozentualen Leuerungsanschlages einverstanden erklären.